

**Lage der
Union 2026**

Zeitleiste

Zweites Amtsjahr

**Kommission von der Leyen
2024-2029**

Lage der Union 2026

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die Europäische Kommission haftet nicht für Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2026



© Europäische Union, 2026

Die Weiterverwendungspolitik der Kommission unterliegt dem Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2011/833/oj>).

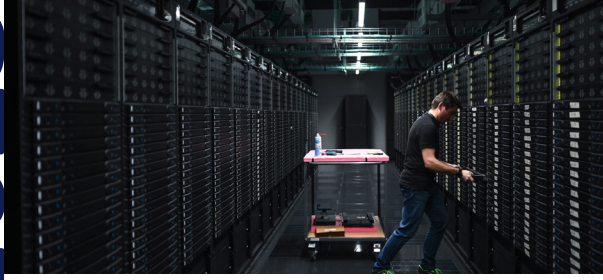
Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen der Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

BILDNACHWEISE

Alle Fotos: © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

SEPTEMBER 2025



12.9.

Die EU-Datenverordnung gilt von jetzt an in der EU. Nutzer erhalten damit die Kontrolle über die Daten, die von ihren vernetzten Geräten erzeugt werden. Die EU-Datenverordnung verbessert den Zugang zu hochwertigen Daten.

15.9.

Die Europäische Kommission bringt die europäische Strategie für Forschungs- und Technologieinfrastrukturen auf den Weg. Ziel ist es, Wissenschaftlerinnen und Forschern einen besseren Zugang zu Europas Spitzeneinrichtungen und hochwertigen Daten zu ermöglichen und Forscherinnen und Innovatoren aus aller Welt zu ermutigen, sich für Europa zu entscheiden – nach dem Motto „Choose Europe“.

17.9.

Als Reaktion auf den Krieg und die humanitäre Lage im Gazastreifen schlägt die Kommission vor, bestimmte handelsbezogene Teile des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel auszusetzen und zusätzliche restriktive Maßnahmen gegen die Hamas, extremistische Minister und gewalttätige Siedler zu verhängen.

17.9.

Die Kommission und die Hohe Vertreterin beschließen eine neue strategische Agenda EU-Indien.



23.9.

Die EU und Indonesien schließen die Verhandlungen über das ambitionierte Abkommen über eine umfassende Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und Indonesien ab – ein wichtiger Fortschritt in den bilateralen Beziehungen.



24.9.

Auf der Veranstaltung „Schutz von Kindern im digitalen Zeitalter“ bekräftigt Präsidentin von der Leyen, dass sie – wie in der Rede zur Lage der Union angekündigt – ein Expertengremium ins Leben ruft, das prüft, wie auf europäischer Ebene Minderjährige im Internet geschützt werden können.



24.9.

Die Kommission stellt weitere 50 Mio. EUR humanitäre Soforthilfe bereit, um den dringendsten Bedarf im Gazastreifen und im Westjordanland zu decken.



27.9.

Präsidentin von der Leyen präsentiert ein Team-Europa-Paket in Höhe von 545 Mio. EUR, das die Energiewende in Afrika beschleunigen soll. Es ist Teil der Kampagne „Scaling up Renewables in Africa“.



30.9.

Die Kommission stellt eine Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz und ein neues Modell für Spar- und Anlagekonten vor. Diese Initiativen sind Teil der Spar- und Investitionsunion.



3.10.

Die EU hat fast 1,6 Mrd. EUR mobilisiert, um Spanien dabei zu unterstützen, die Folgen der verheerenden Überschwemmungen in Valencia 2024 zu bewältigen.

OKTOBER



8.10.

Die Kommission startet die Strategien „KI anwenden“ und „KI in der Wissenschaft“, um den Einsatz künstlicher Intelligenz in der gesamten EU zu beschleunigen.



8.10.

Die Kommission verabschiedet die Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen 2026-2030, mit der Diskriminierung und Hass bekämpft und Gleichheit, Freiheit und Vielfalt gefördert werden sollen.



9.10.

Neue Vorschriften treten in Kraft, die es Privatpersonen und Unternehmen ermöglichen, Sofortzahlungen vorzunehmen und binnen Sekunden Eurobeträge zu überweisen.



9/10.10.

Auf dem Global-Gateway-Forum bringen die EU und Team Europa eine Reihe von Investitionspaketen in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik auf den Weg. Insgesamt hat Team Europa im Rahmen von Global Gateway bereits über 300 Mrd. EUR mobilisiert und damit zwei Jahre früher als geplant sein Ziel erreicht und sogar übertroffen.



12.10.

Die Mitgliedstaaten beginnen mit der Einführung des Einreise-/Ausreisystems an ihren Außengrenzen.



© Nato2024

16.10.

Die Kommission und die Hohe Vertreterin schlagen den Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft 2030 vor, um die europäischen Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern. Er umfasst mehrere Vorzeigeprojekte: den Schutzschild für die Ostflanke, die Europäische Drohnenabwehrinitiative, den Europäischen Luftschild und den Europäischen Weltraumschild.



© Adobe Stock

21.10.

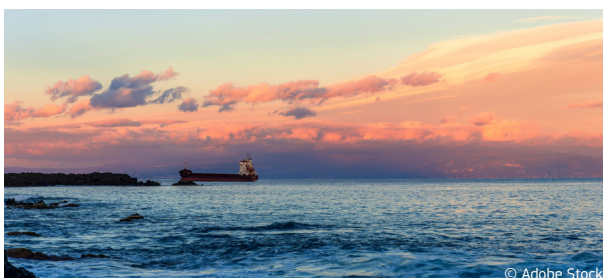
Die Kommission legt eine Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft vor, mit der Junglandwirtinnen und -landwirte unterstützt und mehr Menschen für die Landwirtschaft gewonnen werden sollen.



© Adobe Stock

22.10.

Auf dem ersten Gipfeltreffen zwischen der EU und Ägypten kündigen Präsidentin von der Leyen und der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi eine Finanzhilfe für Ägypten in Höhe von 4 Mrd. EUR, eine Finanzierungsvereinbarung über 75 Mio. EUR und ein Abkommen zur formellen Assoziierung Ägyptens mit dem Programm „Horizont Europa“ an.



© Adobe Stock

23.10.

Die EU nimmt das 19. Sanktionspaket gegen Russland an, mit dem die Beschränkungen für russische Energie, Finanzmittel und den Zugang zu Technologien mit doppeltem Verwendungszweck erheblich ausgeweitet werden.



25.10.

Beim Globalen Dialog in Berlin 2025 kündigt Präsidentin von der Leyen den Plan „RESourceEU“ an; mit dieser Initiative soll der europäischen Industrie der Zugang zu alternativen Quellen kritischer Rohstoffe gesichert werden.



28.10.

Die Kommission läutet die Allianz für kritische Chemikalien ein, um die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der europäischen Chemiebranche zu steigern.



28.10.

Die Kommission arbeitet mit privaten Investoren zusammen, um die Einrichtung eines mit mehreren Milliarden Euro ausgestatteten Scaleup Europe Fund vorzubereiten. Mit seiner Hilfe soll privates Kapital mobilisiert und das Wachstum innovativer europäischer Scale-ups unterstützt werden.



29.10.

Die erweiterte vertiefte und umfassende Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine tritt in Kraft.



3.11.

Auf dem Europäischen Gipfel für KI in der Wissenschaft in Kopenhagen (Dänemark) startet die Kommission ein Pilotprojekt der Initiative „Ressourcen für die KI-Wissenschaft in Europa“ und die europäische Strategie für KI in der Wissenschaft. 107 Mio. EUR sollen disziplinübergreifend in die Förderung von wissenschaftlichen Durchbrüchen mithilfe von KI fließen.



5.11.

Die Kommission nimmt ein umfassendes Verkehrspaket an, das den Ausbau des europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes beschleunigen und Investitionen in erneuerbare und kohlenstoffarme Kraftstoffe für den Luft- und Seeverkehr fördern soll.



6.11.

Die Kommission nimmt das Arbeitsprogramm des Europäischen Innovationsrats für 2026 an, das mit 1,4 Mrd. EUR DeepTech-Unternehmen und Forschung unterstützt sowie Innovation stärkt.



6.11.

Bei der COP30 in Belém (Brasilien) bekräftigt Präsidentin von der Leyen das Bekenntnis der EU zum Übereinkommen von Paris.



10.11.

Die Schweiz beteiligt sich an den Programmen „Horizont Europa“ und „Digitales Europa“ sowie am Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung.



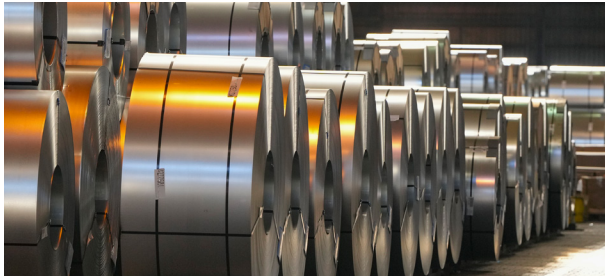
12.11.

Die Kommission stellt den Europäischen Schutzschild für die Demokratie und die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft vor, mit denen sie für mehr Engagement wirbt, die Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt und widerstandsfähige Demokratien in der gesamten EU fördert.



12.11.

Die Kommission stellt den neuen Kulturkompass für Europa vor, der Kulturpolitik in der EU gestalten und die zentrale Bedeutung der Kultur für die europäische Identität festigen soll.



18.11.

Die Kommission verhängt Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr bestimmter Ferrolegierungen, um die Industrie in der EU zu schützen; die länderspezifischen Zollkontingente gelten bis November 2028.



19.11.

Die Kommission und die Hohe Vertreterin legen das Paket zur militärischen Mobilität vor, um einen militärischen Schengen-Raum aufzubauen, in dem Truppen, Ausrüstung und andere militärische Mittel in der gesamten EU reibungslos bewegt werden können.



19.11.

Die Kommission nimmt die Verbraucheragenda 2030 an, einen strategischen Plan für besseren Verbraucherschutz, Förderung nachhaltigen Konsums sowie wirksame Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz.



19.11.

Die Kommission präsentiert eine Omnibus-Verordnung für den Digitalbereich zur Vereinfachung der EU-Digitalvorschriften für KI, Cybersicherheit und Daten, eine Strategie für eine Datenunion zur Bereitstellung hochwertiger Daten für die KI und die europäische Unternehmensbrieftasche zur Digitalisierung von Geschäftsvorgängen.



20.11.

Die Kommission nimmt ein Paket zur Verbesserung der zusätzlichen Altersvorsorge an. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, ihr Ruhestandseinkommen auf breitere Füße zu stellen. Das soll für mehr Sicherheit im Alter sorgen und zugleich Möglichkeiten für produktive Investitionen stärken, die der europäischen Wirtschaft zugutekommen.



20.11.

Im Vorfeld des G20-Gipfels besiegeln die EU und Südafrika eine Partnerschaft für sauberen Handel und Investitionen.



21.11.

Auf dem Gebergipfel für den Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika gibt Präsidentin von der Leyen bekannt, dass für die Unterstützung der Energiewende in Afrika rund 15,5 Mrd. EUR zugesagt wurden – 15,1 Mrd. EUR davon stammen vom Team Europa. Teil der Kampagne sind auch Verpflichtungen, durch die 26,8 GW an Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt und 17,5 Millionen Haushalte mit Strom aus erneuerbaren Quellen versorgt werden.



24./25.11.

Präsidentin von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates António Costa nehmen am siebten Gipfeltreffen der EU und der Afrikanischen Union in Luanda (Angola) anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Partnerschaft teil.



27.11.

Die Kommission legt einen neuen strategischen Rahmen für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Bioökonomie in der EU vor. Der Schwerpunkt liegt auf der Nutzung erneuerbarer biologischer Ressourcen.



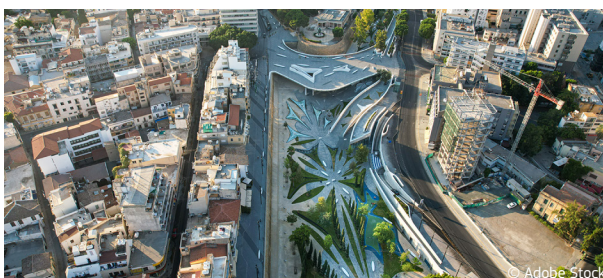
27.11.

Die Kommission führt mit der Kompetenzgarantie eine Leitinitiative der Union der Kompetenzen ein, mit der dem Arbeitskräftemangel in strategischen Sektoren entgegengewirkt werden soll.



28.11.

Die Kommission startet einen neuen Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan für Gesundheitskrisen. Er gibt den Interessenträgern Instrumente für ein koordiniertes Vorgehen in gesundheitlichen Notlagen an die Hand.



28.11.

Die EU und die Partner im südlichen Mittelmeerraum bringen gemeinsam den Pakt für den Mittelmeerraum auf den Weg. Damit wird eine engere Zusammenarbeit vereinbart – ein wichtiger Schritt für mehr Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der gemeinsamen Mittelmeerregion.

1.12.

Um die Energievernetzung und -unabhängigkeit zu stärken, verleiht die Kommission 235 grenzüberschreitenden Energieprojekten den Status eines Vorhabens von gemeinsamem Interesse bzw. eines Vorhabens von gegenseitigem Interesse.

3.12.

Die Kommission nimmt den Aktionsplan „RESourceEU“ an, um den Zugang zu kritischen Rohstoffen zu sichern und die übermäßige Abhängigkeit der EU zu verringern.

3.12.

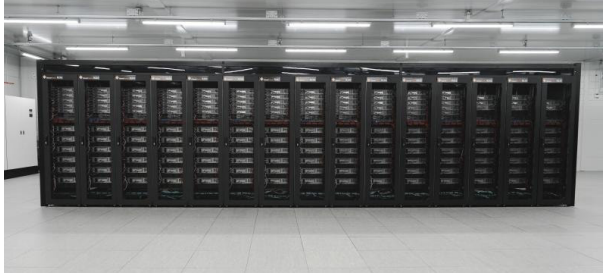
Die Kommission und die Hohe Vertreterin stellen ein EU-Konzept für mehr wirtschaftliche Sicherheit vor.

3.12.

Die beiden gesetzgebenden Organe erzielen eine politische Einigung über ein schrittweises, aber dauerhaftes Ende der Gaseinfuhren aus Russland. Die Einfuhren von LNG sollen zum 31. Dezember 2026, die Einfuhren von Pipelinegas zum 30. September 2027 auslaufen.

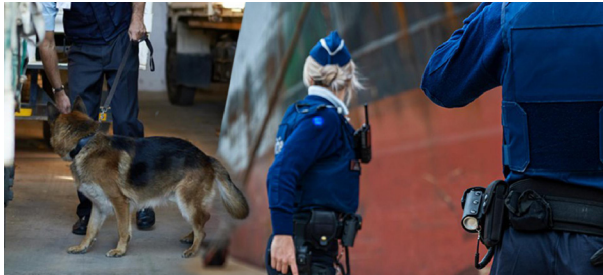
3.12.

Die Kommission stellt die EU-Agenda für Städte vor. Um Städten zu helfen, ihre lokalen Probleme zu bewältigen und zugleich auch weiter reichende Ziele der EU in den Blick zu nehmen, soll der Dialog erleichtert, die Unterstützung durch die EU vereinfacht und für mehr Investitionen gesorgt werden.



4.12.

Die Kommission unterzeichnet eine Vereinbarung mit der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds zur Unterstützung der Entwicklung von KI-Gigafabriken.



4.12.

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und zum Vorgehen gegen kriminelle Netzwerke legt die Kommission eine neue EU-Drogenstrategie und einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels vor.



4.12.

Die Kommission stellt den Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze vor. Er soll dafür sorgen, dass hochwertige, zukunftssichere Jobs entstehen und Beschäftigte unterstützt und geschützt werden.



4.12.

Die Kommission nimmt ein Paket an, um die EU-Finanzmärkte weiter zu integrieren, die Aufsicht effizienter zu gestalten und Hindernisse bei Handel, Nachhandel und Vermögensverwaltung in den Mitgliedstaaten zu beseitigen.



4.12.

Die Kommission eröffnet im Rahmen des Innovationsfonds drei neue Finanzierungsmöglichkeiten in Höhe von 5,2 Mrd. EUR, die aus Einnahmen des EU-Emissionshandelssystems stammen.



9.12.

Die Kommission kündigt an, dass die Einfuhren von Lebensmitteln, tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen in die EU strenger kontrolliert werden sollen, damit sich die Menschen in der Union auf ein hohes Niveau der Lebensmittelsicherheit verlassen können.



© Adobe Stock

10.12.

Die Kommission schlägt das Paket „Europäische Netze“ vor, um den Ausbau der Energieinfrastruktur in der gesamten EU zu beschleunigen. Sie präsentiert auch die Initiative „Energieautobahnen“, mit der acht der dringendsten Energieinfrastrukturprojekte unterstützt werden sollen.



© krisanapong detraphiphat / Getty Images

10.12.

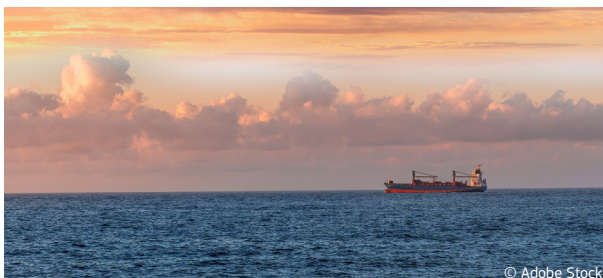
Die EU legt als rechtsverbindliches Klimaziel fest, die Nettoemissionen von Treibhausgasen bis 2040 um 90 % gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 zu senken, und gibt damit einen klaren Weg zur Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 vor.



© Adobe Stock

10.12.

Die Kommission legt ein Paket zur Vereinfachung der Umweltvorschriften vor. Es zielt darauf ab, den Verwaltungsaufwand zu verringern, die Genehmigungsverfahren für wichtige Projekte zu beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, ohne Abstriche am Umwelt- und Gesundheitsschutz zu machen.



© Adobe Stock

15.12.

Die EU-Mitgliedstaaten verabschieden neue Sanktionen gegen die russische Schattenflotte und Belarus und erhöhen so den Druck, um die Einnahmen aus Energieexporten zu begrenzen und gegen hybride Bedrohungen vorzugehen.



16.12.

Die Kommission stellt das Automobilpaket vor, mit dem der Übergang zu einer sauberen Mobilität unterstützt werden soll. Das Paket sieht sowohl einen ehrgeizigen und pragmatischen Rahmen für Klimaneutralität und strategische Autonomie vor als auch mehr Flexibilität und vereinfachte Vorschriften für die Industrie.



16.12.

Die Kommission schlägt ein Paket vor, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit des EU-Gesundheitssektors zu stärken. Teil des Pakets sind die Biotech-Verordnung, eine Neufassung der Regeln für Medizinprodukte und ein Plan zum Schutz der Herzgesundheit.



16.12.

Die Kommission schlägt den ersten Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum vor. Sein Ziel ist es, das Angebot an Wohnraum auszuweiten, Investitionen in diesem Bereich zu mobilisieren und den Zugang zu erschwinglichem, nachhaltigem und hochwertigem Wohnraum zu erleichtern.



16.12.

Die Kommission und die Europäische Investitionsbank kündigen die Initiative BioTechEU an, mit der im Zeitraum 2026-2027 Investitionen in Höhe von 10 Mrd. EUR mobilisiert und die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich Biotechnologie gestärkt werden sollen.



17.12.

Mit 1,8 Mrd. EUR aus dem Modernisierungsfonds, der aus dem EU-Emissionshandelssystem finanziert wird, unterstützen die Kommission und die Europäische Investitionsbank 45 Projekte für saubere Energie in zwölf Mitgliedstaaten.



17.12.

Die Kommission stellt über den Europäischen Verteidigungsfonds 1 Mrd. EUR bereit, um in der EU die Zusammenarbeit bei Forschung, Innovation und der Entwicklung von Fähigkeiten im Verteidigungsbereich zu fördern.



18.12.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten erreichen eine politische Einigung über die Strategie für Kleinanleger. Sie soll, den Anlegerschutz stärken, Kleinanleger in die Lage versetzen, in der gesamten EU fundierte Anlageentscheidungen zu treffen, und neue Finanzierungsmöglichkeiten für europäische Unternehmen schaffen.



22.12.

Die Mitgliedstaaten beschließen die Einrichtung des Jährlichen Solidaritätspools für 2026, eines der Kernelemente des Migrations- und Asylpakets. In den Pool fließen die Solidaritätsbeiträge, die den Mitgliedstaaten, die laut Einstufung der Kommission unter Migrationsdruck stehen, von den anderen zugesagt wurden.

23.12.

Die Kommission stellt ein neues Paket vor, das Pilotprojekte für einen schnelleren Umstieg Europas auf eine Kreislaufwirtschaft umfasst und insbesondere die Stärkung der Kreislaufwirtschaft im Kunststoffsektor in den Mittelpunkt rückt.

30.12.

Das mit 1,5 Mrd. EUR ausgestattete Programm für die europäische Verteidigungsindustrie tritt in Kraft. Ziel ist es, die Kapazitäten der EU-Verteidigungsindustrie zu erhöhen und dabei eng mit der Ukraine zusammenzuarbeiten.

1.1.

Bulgarien führt als 21. Mitgliedstaat den Euro als Währung ein – für Bulgarien und die EU ein Meilenstein.

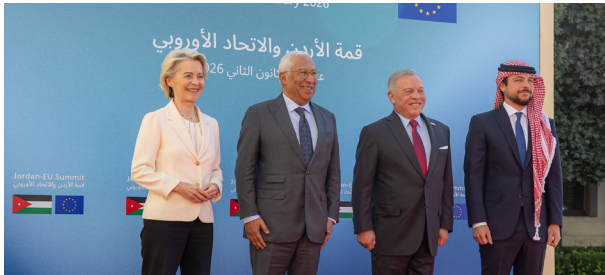
1.1.

Spanien und Portugal feiern den 40. Jahrestag ihrer EU-Mitgliedschaft.



1.1.

Das Paket zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik tritt in Kraft. Die Ziele sind Bürokratieabbau sowie eine Vereinfachung der Zahlungsregelungen und der Anforderungen für landwirtschaftliche Betriebe.



8.1.

Bei ihrem ersten bilateralen Gipfeltreffen vertiefen die EU und Jordanien ihre Zusammenarbeit. Die Fortschritte bei der ein Jahr zuvor eingegangenen strategischen und umfassenden Partnerschaft werden besprochen und Prioritäten für die Zukunft festgelegt.



9.1.

Präsidentin von der Leyen und Präsident Costa besuchen Syrien und Libanon. In Damaskus treffen sie mit dem syrischen Präsidenten Ahmed al-Sharaa zusammen, um ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der EU und Syrien aufzuschlagen. In Beirut liegt der Schwerpunkt auf der Unterstützung von Reformen und konjunktureller Erholung sowie auf der Stärkung der Bereiche Sicherheit und Verteidigung.



14.1.

Die Kommission nimmt Vorschläge an, auf deren Grundlage der Ukraine für den Zeitraum 2026-2027 ein EU-Darlehen in Höhe von 90 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt werden soll. Das Darlehen ist für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit sowie die Aufrechterhaltung wesentlicher staatlicher Funktionen vorgesehen und untermauert somit die unerschütterliche Unterstützung der EU für die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Ukraine sowie für das Ziel ihrer EU-Mitgliedschaft.



17.1.

Die EU und der Mercosur unterzeichnen in der paraguayischen Hauptstadt Asunción ein bedeutendes Partnerschaftsabkommen und ein Interimsabkommen über den Handel. Die Einigung schafft einen Markt mit mehr als 700 Millionen Menschen und wird die Zollausgaben europäischer Unternehmen um jährlich 4 Mrd. EUR senken. Gleichzeitig sind wichtige Schutzmechanismen für den sensiblen Agrar- und Lebensmittelsektor Europas vorgesehen.



20.1.

Die Kommission nimmt die neue EU-Strategie gegen Rassismus für 2026-2030 an, mit der Rassismus in all seinen Formen bekämpft und eine Union der Gleichheit geschaffen werden soll, in der sich alle Menschen entfalten können.



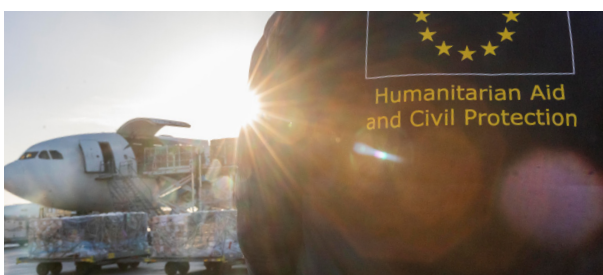
20.1.

Die Kommission schlägt ein Cybersicherheitspaket vor, das eine Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit enthält und die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber zunehmenden digitalen und hybriden Bedrohungen stärken soll.



21.1.

Die Kommission schlägt die Verordnung über digitale Netze vor. Der Rechtsakt zielt darauf ab, die Konnektivität im gesamten Binnenmarkt zu stärken, den Einsatz innovativer Technologien zu erleichtern, die Netzneutralität zu schützen, Investitionen zu erleichtern und die Netzsicherheit und -resilienz zu erhöhen.



21.1.

Die Kommission kündigt für 2026 Haushaltsmittel für humanitäre Hilfe in Höhe von 1,9 Mrd. EUR an.



23.1.

Die EU stellt 447 Notstromaggregate in der Ukraine bereit, um Krankenhäuser, Notunterkünfte und kritische Dienste wieder mit Strom zu versorgen, nachdem russische Angriffe mehr als eine Million Menschen von der Stromversorgung abgeschnitten haben..



23.1.

Die EU und der Europarat beschließen, ein Vorbereitungsteam für die Einrichtung des Sondertribunals für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine zu finanzieren. Dieses soll die Grundlagen dafür schaffen, hochrangige politische und militärische Verantwortliche wegen dieses Verbrechens strafrechtlich zu verfolgen.



27.1.

Bei einem Gipfeltreffen in New Delhi schließen die EU und Indien ein Freihandelsabkommen. Dadurch wird mit 2 Milliarden Menschen der größte Markt der Welt geschaffen. Die beiden Seiten beschließen zudem eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft.



28.1.

Die Kommission kündigt an, fast 650 Mio. EUR für 14 grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte bereitzustellen, um die Energieversorgungssicherheit, die Integration erneuerbarer Energien und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Erstmals werden durch die Finanzierung der Schutz kritischer Infrastrukturen sowie Wasserstoffprojekte unterstützt.



29.1.

Die Kommission legt die erste Europäische Strategie für Asyl- und Migrationsmanagement vor. Ziel ist es, irreguläre Migration und Schleuserkriminalität zu verhindern, Menschen in Not zu schützen und attraktive Bedingungen für Fachkräfte zu schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern.



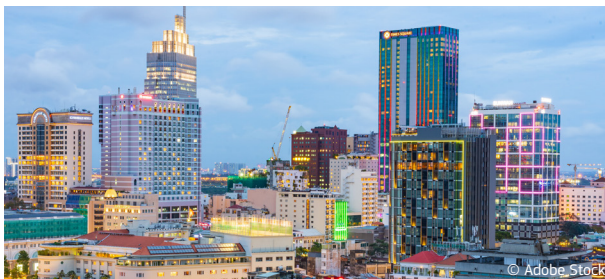
29.1.

Die Kommission nimmt ihre erste Strategie für eine Modernisierung der EU-Visumpolitik an. Es sollen die Sicherheit erhöht, das Reisen erleichtert, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und digitale Lösungen besser genutzt werden.



29.1.

Angesichts der anhaltenden Angriffe auf die Energieinfrastruktur kündigt die Kommission Soforthilfe in Höhe von 153 Mio. EUR zur Unterstützung der Ukraine und Moldaus an.



29.1.

Die EU und Vietnam kommen überein, ihre Beziehungen zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft auszubauen.

FEBRUAR



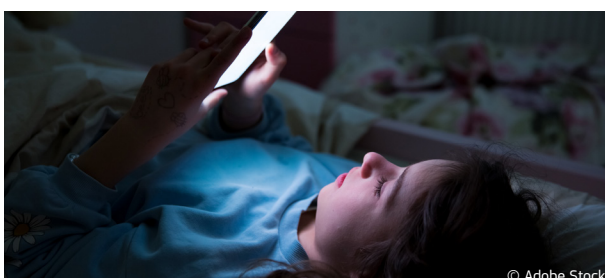
1.2.

Das Abkommen zwischen der EU und Singapur über den digitalen Handel tritt in Kraft.



3.2.

Die REPowerEU-Verordnung tritt in Kraft: Gasimporte aus Russland sollen dauerhaft beendet und die Einfuhr russischen Öls schrittweise eingestellt werden.



10.2.

Die Kommission stellt einen Aktionsplan gegen Cybermobbing vor, mit dem junge Menschen online geschützt werden sollen.



10.2.

Das Parlament billigt neue Regeln zum Konzept des sicheren Drittstaats und die erste EU-weite Liste sicherer Herkunftsstaaten.



11.2.

Die Kommission legt einen Aktionsplan zur Drohnen- und Drohnenabwehr vor, der Vorbeugung, Erkennung und Reaktion mit Blick auf böswillige Drohneinsätze verbessern soll.



14.2.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2026 betont Präsidentin von der Leyen, dass Europa unabhängiger werden muss, und kündigt eine neue Sicherheitsstrategie an, die im Laufe des Jahres vorgelegt werden soll.



14.2.

Die EU und Kanada unterzeichnen ein Abkommen über die Beteiligung kanadischer Unternehmen und von Waren aus Kanada an der Beschaffung von Verteidigungsgütern im Rahmen des SAFE-Instruments (Sicherheitsmaßnahmen für Europa). Das Abkommen zeigt, wie eng die europäische und die kanadische Verteidigungsindustrie zusammenarbeiten.



18.2.

Die Kommission nimmt eine Strategie zur verstärkten Unterstützung der östlichen EU-Regionen an, die an der Grenze zu Belarus, Russland oder der Ukraine liegen. Der Schwerpunkt liegt auf Sicherheit und Resilienz, wirtschaftlicher Entwicklung sowie Unterstützung für Gemeinschaften, die von den Auswirkungen der grundlosen Invasion Russlands in die Ukraine betroffen sind.



24.2.

Vier Jahre nach Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine besuchen Präsidentin von der Leyen und Präsident Costa Kyjiw und bekräftigen dort, dass die EU unverbrüchlich zur Ukraine steht und weiterhin finanzielle und militärische Unterstützung leisten wird.



24.2.

Das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz nimmt seine Arbeit auf. Im Rahmen einer stärkeren Zusammenarbeit sollen Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland bekämpft und die demokratische Resilienz in der gesamten EU gefördert werden.



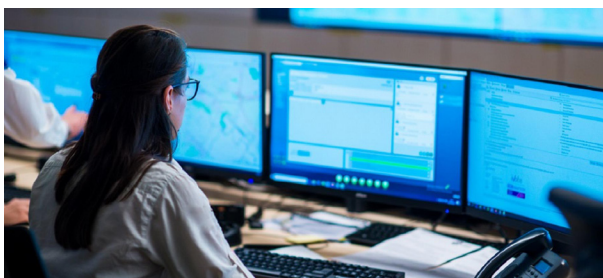
26.2.

Die Kommission richtet die EastInvest-Fazilität ein, um es den an Belarus, Russland und die Ukraine angrenzenden EU-Regionen zu erleichtern, Kreditmittel und Beratung in Anspruch zu nehmen. Es sollen öffentliche und private Investitionen in Höhe von mindestens 28 Mrd. EUR mobilisiert werden.



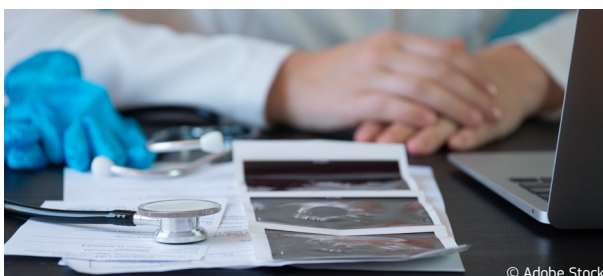
26.2.

Zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen legt die Kommission neue EU-Regeln vor. Damit sollen Straftatbestände und Strafen harmonisiert, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt und die Datensammlung verbessert werden, auch in Bezug auf illegale Waffen, die mittels 3D-Druck hergestellt werden.



26.2.

Die Kommission stellt ProtectEU vor, eine Agenda zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus. Darin schlägt sie Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung von Bedrohungen, zur Radikalisierungsprävention, zum Schutz der Menschen – online wie offline – und zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit vor.



26.2.

Die Kommission antwortet auf die Europäische Bürgerinitiative „My Voice My Choice“, mit der die EU aufgefordert wird, den Zugang zu sicheren Abtreibungen zu unterstützen.

MÄRZ



2.3.

Präsidentin von der Leyen verkündet den Start der OceanEye-Initiative, mit der die Meeresbeobachtung und die damit verbundene Zusammenarbeit weltweit gestärkt werden sollen.



4.3.

Die Kommission nimmt die Verordnung zur industriellen Beschleunigung an, um die Nachfrage nach CO₂-armen, in Europa hergestellten Produkten zu steigern, die Fertigungs- und Lieferketten zu stärken, die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in strategischen Sektoren zu fördern.



4.3.

Die Kommission leitet die Industriestrategie der EU für die maritime Wirtschaft und die Strategie für die Häfen der EU ein. Damit sollen die Wettbewerbsfähigkeit, die Dekarbonisierung und die Sicherheit im maritimen Sektor gefördert werden.



5.3.

Die Kommission legt eine neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter für den Zeitraum 2026-2030 vor. Sie enthält Maßnahmen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, das Lohngefälle zu beseitigen und den Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle zu verbessern.



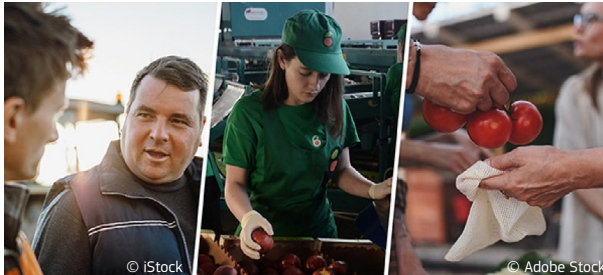
5.3.

Die Kommission nimmt die erste Strategie für Generationengerechtigkeit an, um Menschen aller Generationen faire Chancen zu bieten und die Perspektive junger Menschen in die Entscheidungsprozesse der EU einfließen zu lassen.



5.3.

Präsidentin von der Leyen richtet die erste Sitzung des Sonderpanels für die Online-Sicherheit von Kindern aus. Es soll Empfehlungen ausarbeiten, wie Kinder online besser geschützt werden können, ohne ihnen die Vorteile digitaler Technologien zu verwehren.



5.3.

Das Parlament und der Rat der Europäischen Union erzielen eine politische Einigung über die Stärkung von Landwirtinnen und Landwirten in der Lebensmittelkette.



9.3.

Als Reaktion auf die Feindseligkeiten im Iran und die Eskalation im Nahen Osten verstärkt die EU ihre Bemühungen für den Bevölkerungsschutz und mobilisiert erstmals Transportkapazitäten im Rahmen von RescEU, um mehr als 13 000 festsitzende Bürgerinnen und Bürger zurückzuholen.



10.3.

Die Kommission legt eine Investitionsstrategie für saubere Energie, das Bürger-Energiepaket und die Strategie für kleine modulare Reaktoren vor. Ziel ist es, Investitionen in europäische Lösungen für saubere Energie zu erhöhen, die Energiepreise zu senken und für mehr Resilienz zu sorgen.



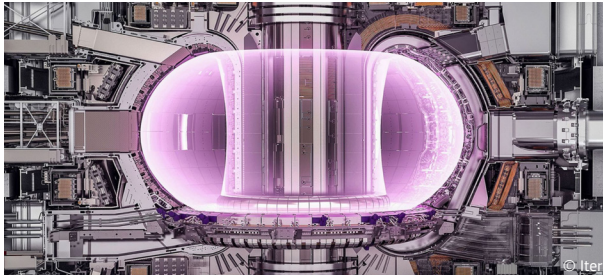
17.3.

Die Kommission zahlt im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität 189 Mio. EUR an Moldau aus, um wichtige Reformen und die Fortschritte des Landes auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu unterstützen.



18.3.

Die Kommission stellt EU Inc. vor – einen neuen freiwilligen, digitalen europäischen Rechtsrahmen für Unternehmen. Er umfasst einheitliche gesellschaftsrechtliche Regeln, die es Unternehmen erleichtern sollen, im gesamten Binnenmarkt zu gründen, zu operieren und zu wachsen.



19.3.

Im Rahmen ihres Euratom-Programms für Forschung und Ausbildung wird die EU 330 Mio. EUR investieren, um die Kernforschung, einschließlich Fusionsenergie und Kernspaltung, voranzubringen und so Energieunabhängigkeit, Innovationen und Energiewende zu unterstützen.



24.3.

Die EU und Australien vertiefen ihre Partnerschaft durch den Abschluss von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen und bringen eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft sowie eine stärkere Forschungszusammenarbeit auf den Weg.



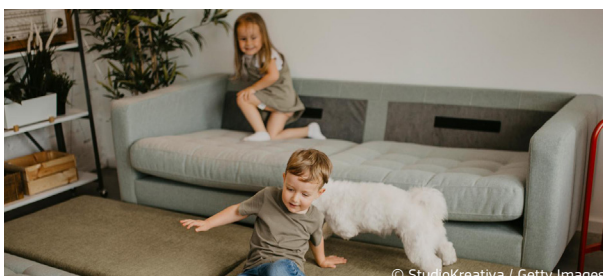
24.3.

Die EU und Ghana unterzeichnen eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft.



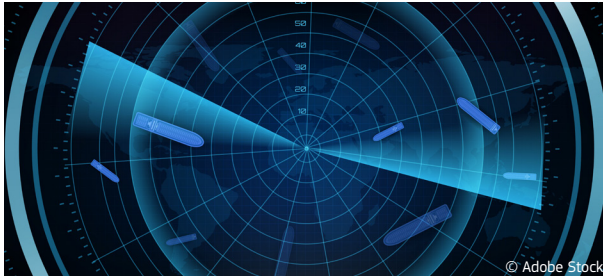
25.3.

Die Kommission führt einen integrierten, ganzheitlichen Ansatz für das Waldbrandrisikomanagement ein.



25.3.

Im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik 2021-2027 schichten die Mitgliedstaaten Mittel in Höhe von 34,6 Mrd. EUR für Schwerpunktbereiche wie Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und Vorsorge sowie erschwinglichen Wohnraum um.



25.3.

Die Kommission stellt ein Programm für agile, schnelle Innovation im Verteidigungsbereich (AGILE) vor – ein mit 115 Mio. EUR ausgestattetes Finanzierungsinstrument, mit dem disruptive Verteidigungstechnologien schneller vorangebracht werden sollen.



30.3.

Die Kommission genehmigt Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. EUR im Rahmen des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie. Damit soll die Produktion gesteigert, die Ukraine unterstützt, die gemeinsame Beschaffung verstärkt und Innovation in der europäischen Verteidigungsindustrie gefördert werden.



30.3.

Der Rat nimmt neue EU-Regeln zur Harmonisierung von Insolvenzverfahren an, um die Beitreibung für die Gläubiger zu verbessern und grenzüberschreitende Investitionen zu vereinfachen.

APRIL



1.4.

Die Kommission leitet Schritte zur Umsetzung des Unterstützungsdarlehens für die Ukraine im Umfang von 90 Mrd. EUR ein. Der Vorschlag sieht 45 Mrd. EUR für 2026 vor und ermöglicht die rasche Beschaffung von Verteidigungsgütern – zunächst Drohnen – sowie Budgethilfe und Garantien.



7.4.

Auf dem Gesundheitsgipfel „One Health Summit“ kündigt die Kommission neue globale Verpflichtungen im Gesundheitsbereich an, darunter 700 Mio. EUR für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria.



9.4.

Die Kommission stellt im Rahmen der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen fast 400 Mio. EUR für Postdoktorandenstipendien bereit und unterstützt damit Forschende, die zur Spitzenforschung in ganz Europa beitragen.



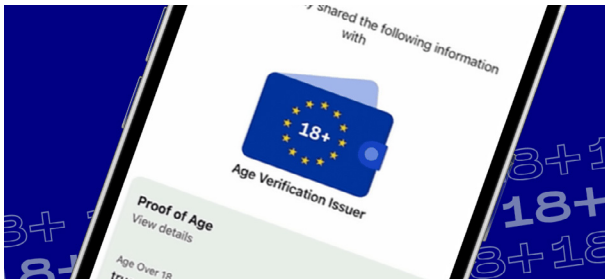
13.4.

Das Parlament und der Rat erzielen eine politische Einigung über Maßnahmen zum Schutz des EU-Stahlsektors vor den negativen Auswirkungen globaler Überkapazitäten und sichern damit Arbeitsplätze und stärken die Resilienz der Branche.



15.4.

Die Kommission wählt 57 Verteidigungsprojekte aus, die aus dem Europäischen Verteidigungsfonds 1,07 Mrd. EUR erhalten. Damit sollen die Prioritäten des Fahrplans für die Verteidigungsbereitschaft 2030 unterstützt werden.



15.4.

Die von der Kommission entwickelte App zur Altersüberprüfung ist technisch einsatzbereit. Sie ermöglicht es Nutzern, ihr Alter beim Zugang zu Online-Plattformen sicher und anonym nachzuweisen.



15.4.

Die EU und das Vereinigte Königreich unterzeichnen eine Vereinbarung, die dem Vereinigten Königreich ab 2027 wieder die Teilnahme am Programm Erasmus+ ermöglicht.



16.4.

Seit der Einführung des Kompetenzpakts im Jahr 2020 haben mehr als 10 Millionen Menschen an den einschlägigen Weiterbildungsinitiativen teilgenommen. Durch branchen- und sektorübergreifende Partnerschaften konnten so Kompetenzen für den ökologischen und digitalen Wandel aufgebaut werden.



17.4.

Um den Pakt für den Mittelmeerraum voranzubringen, startet die Kommission 21 Initiativen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit den Partnern im südlichen Mittelmeerraum.



22.4.

Die Kommission schlägt AccelerateEU vor – ein Maßnahmenpaket, das Haushalte und Unternehmen vor der Krise im Bereich der fossilen Energie schützen und gleichzeitig den Übergang zu sauberer, heimischer Energie beschleunigen soll.



23.4.

Die EU verabschiedet das 20. Sanktionspaket gegen Russland. Es umfasst neue Maßnahmen in den Bereichen Energie, Finanzen und Handel und zielt darauf ab, die Instrumente zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken zu stärken.



24.4.

Die EU und die Vereinigten Staaten unterzeichnen eine strategische Partnerschaft für kritische Mineralien, um die Zusammenarbeit entlang der Lieferketten zu stärken und Resilienz und Diversifizierung zu verbessern.



24.4.

Das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission unterzeichnen den Fahrplan „Ein Europa, ein Markt“, der konkrete Initiativen, Ziele und Zeitpläne enthält, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den Binnenmarkt bis 2027 zu vollenden.



28.4.

Die Kommission legt einen Plan für klarere, einfachere und besser durchsetzbare EU-Rechtsvorschriften vor, um die Rechtsetzung weniger komplex zu gestalten, Überregulierung zu vermeiden und eine schnellere Durchsetzung zu gewährleisten.



29.4.

Die Kommission nimmt einen befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Unterstützung der am stärksten von der Krise im Nahen Osten betroffenen Sektoren an. Er ermöglicht es den Mitgliedstaaten, Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr und energieintensive Industriezweige bis Ende 2026 gezielt und flexibel zu unterstützen.



30.4.

Die Kommission leitet eine Konsultation zur Ausarbeitung der neuen EU-Fusionskontrollleitlinien ein. Dabei handelt es sich um die wichtigste Reform der EU-Fusionskontrolle der letzten zwei Jahrzehnte.

MAI



4./5.5.

Beim ersten Gipfeltreffen EU-Armenien in Eriwan stehen eine bessere Konnektivität, mehr Sicherheit und intensivere wirtschaftliche Beziehungen im Mittelpunkt.



6.5.

Die Kommission schlägt neue Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen vor, darunter die erste EU-Strategie zur Armutsbekämpfung.



7.5.

Das Parlament und der Rat erzielen eine vorläufige Einigung über die Digital-Omnibus-Verordnung zur KI. Sie umfasst eine Vereinfachung des KI-Gesetzes der EU und die Einführung eines Verbots von KI-generierten nicht einvernehmlichen intimen Bildern.



11.5.

Die EU, Kanada und die Ukraine veranstalten in Brüssel die hochrangige Tagung der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder.



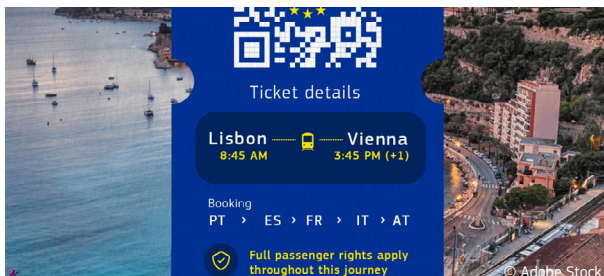
13.5.

Die Kommission nimmt eine Initiative für Resilienz im Bereich der globalen Gesundheit an, um die EU in der globalen Gesundheitspolitik als führenden Akteur zu positionieren.



13.5.

Als Reaktion auf eine Europäische Bürgerinitiative, in der ein Verbot von Konversionsmaßnahmen gefordert wird, erkennt die Kommission die schädlichen Auswirkungen dieser Praktiken an und skizziert verfügbare Maßnahmen auf EU-Ebene.



13.5.

Die Kommission stellt ein Fahrgastpaket vor, das Kombitickets für einen reibungslosen grenzüberschreitenden Bahnverkehr und umfassendere Fahrgastrechte während der gesamten Reise vorsieht.



15.5.

Die EU tritt dem Erweiterten Teilabkommen des Sondertribunals für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine bei und ratifiziert das Übereinkommen zur Einrichtung der Internationalen Schadensersatzkommission für die Ukraine.



19.5.

Die Kommission nimmt den Aktionsplan für Düngemittel an, um den steigenden Preisen entgegenzuwirken, die Versorgung zu sichern und die Landwirte zu unterstützen.



20.5.

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union erzielen eine politische Einigung über die Umsetzung der Zollverpflichtungen der EU gemäß der gemeinsamen Erklärung der EU und der USA vom August 2025. Nach der förmlichen Billigung durch das Parlament und den Rat ist der Rahmen am 1. Juli 2026 in Kraft getreten.



22.5.

Auf dem achten Gipfeltreffen EU-Mexiko unterzeichnen die EU und Mexiko ein modernisiertes Globalabkommen und ein Interimshandelsabkommen, mit denen Handel, Investitionen sowie die digitale, klimapolitische und politische Zusammenarbeit zwischen der EU und Mexiko ausgebaut werden.



27.5.

Die Kommission schlägt einen neuen Genehmigungsrahmen für Satellitenmobilfunkdienste für mehr Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU vor.



29.5.

Polen erhält als erster Mitgliedstaat eine Zahlung in Höhe von 6,6 Mrd. EUR im Rahmen von SAFE. Seitdem wurden an mehrere Mitgliedstaaten insgesamt 12 Mrd. EUR ausbezahlt.



1.6.

Die beiden gesetzgebenden Organe einigen sich auf die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Rückkehrsystems. Teil der Bestimmungen sind die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen, strengere Vorschriften mit Blick auf Rückführungen und Fluchtgefahr sowie die Möglichkeit, Rückkehrzentren in Drittländern einzurichten.



3.6.

Die Kommission stellt ein Paket zur technologischen Souveränität vor, das eine Chip-Verordnung 2.0, eine Verordnung zur Cloud- und KI-Entwicklung, eine Open-Source-Strategie und einen Fahrplan für Digitalisierung und KI im Energiebereich umfasst.



4.6.

Der Rat billigt den Vorschlag der Kommission, Verhandlungen mit den Partnern im Westbalkan zur Teilnahme an der EU-Initiative „Roaming zu Inlandspreisen“ aufzunehmen.



8.6.

Die EU zahlt der Ukraine nach der Erfüllung ihrer Reformzusagen knapp 2,8 Mrd. EUR im Rahmen der Ukraine-Fazilität aus.



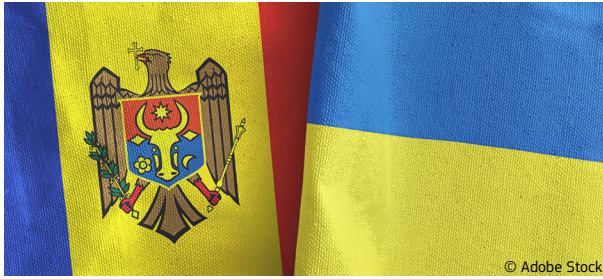
10.6.

In Brüssel findet das 11. Gipfeltreffen EU-Republik Korea statt. Die Vertragsparteien kommen überein, die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, wirtschaftliche Sicherheit, Handel, Konnektivität, Cybersicherheit und Unterstützung für die Ukraine zu vertiefen.



12.6.

Das Migrations- und Asylpaket gilt ab jetzt in allen EU-Mitgliedstaaten. Erstmals verfügt die EU über einen umfassenden Migrations- und Asylrahmen mit einem robusten Schutz der Außengrenzen, fairen und strengen Asylvorschriften und einem Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung.



15.6.

Die EU nimmt die Verhandlungen über das jeweils erste Cluster im Beitrittsprozess der Ukraine und Moldaus auf. Dieses Cluster umfasst die Themen Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, funktionsfähige Institutionen, Reform der öffentlichen Verwaltung sowie wirtschaftliche Kriterien.



15.6.

Der Rat erlässt neue restriktive Maßnahmen gegen Russland. Gegen 34 Personen und 47 Organisationen werden Sanktionen verhängt, die sich gegen den militärisch-industriellen Komplex, Energieeinnahmen, Propagandanetze, destabilisierende Aktivitäten und Menschenrechtsverletzungen richten.



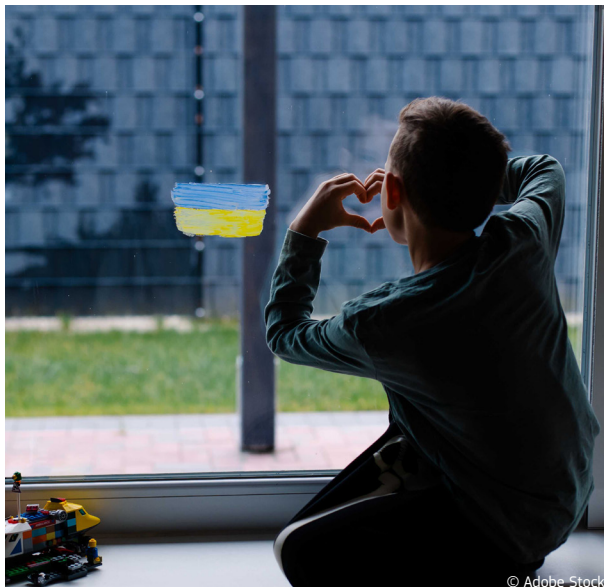
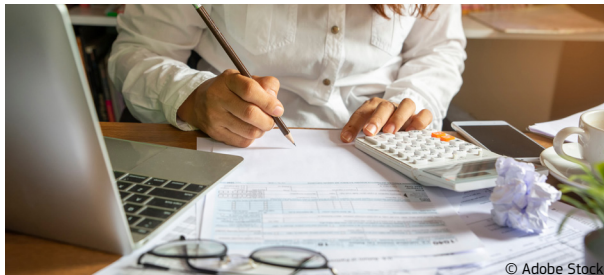
18.6.

Aus dem ersten Fortschrittsbericht über den Fahrplan „Ein Europa, ein Markt“ geht hervor, dass die EU-Organe wichtige Prioritäten zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit erfolgreich umsetzen. Die Führungsspitzen der Organe bekräftigen in diesem Zusammenhang ihr Ziel, das Potenzial des Binnenmarkts voll auszuschöpfen.



24.6

Venezuela wird von zwei verheerenden Erdbeben erschüttert. Innerhalb von Tagen werden im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens mehr als 750 Fachleute aus 19 europäischen Ländern entsandt, um die Notfallmaßnahmen zu unterstützen. Europäische Länder stellen auch Notunterkünfte sowie Wasser- und Sanitärversorgung bereit und zeigen so, dass europäische Solidarität Leben retten kann.



24.6.

Die Kommission schlägt neue Maßnahmen vor, um Eurojust und Europol bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus zu stärken.

24.6.

Die Kommission nimmt ein Maßnahmenpaket zur Vereinfachung der Steuervorschriften an, um die Einhaltung zu erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken.

25.6.

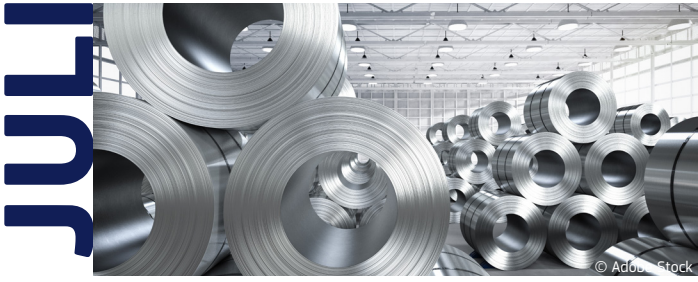
Die Kommission zahlt die erste Tranche in Höhe von 3,2 Mrd. EUR aus dem Ukraine-Unterstützungsdarlehen im Umfang von 90 Mrd. EUR an die Ukraine aus.

26.6.

Die Kommission schlägt vor, den vorübergehenden Schutz für aus der Ukraine geflüchtete Menschen bis März 2028 zu verlängern, und berücksichtigt dabei die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine. Neu eintreffenden Personen, die von den ukrainischen Behörden keine Erlaubnis erhalten haben, das Land zu verlassen, wird grundsätzlich kein vorübergehender Schutz gewährt.

30.6.

Die Kommission nimmt ein Finanzpaket an, in dem die haushaltspolitischen Regelungen festgelegt sind, die beim Beitritt Montenegros zur EU gelten sollen. Zuvor hatte der Rat eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Beitrittsvertrags mit Montenegro eingerichtet.



1.7.

Neue Regelungen zum Schutz der Stahlindustrie in der EU vor den schädlichen Auswirkungen globaler Überkapazitäten treten in Kraft.



1.7.

Die EU erhebt 3 EUR Zoll auf Pakete mit geringem Warenwert (unter 150 EUR), die über den elektronischen Handel bestellt werden, um wieder faire Wettbewerbsbedingungen für EU-Unternehmen und sichere Wahlmöglichkeiten für Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten.



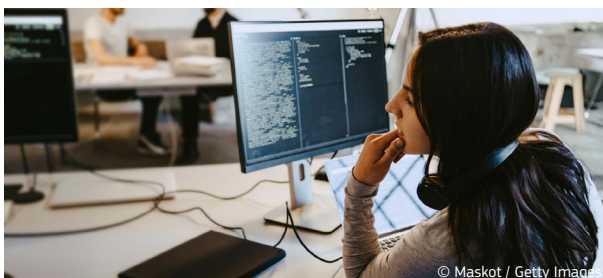
1./2.7.

Präsidentin von der Leyen kündigt bei ihrem Besuch in Armenien und Aserbaidschan ein neues Paket für den Südkaukasus im Umfang von 200 Mio. EUR an, das den Titel „Frieden durch Konnektivität“ trägt und bis zu 2 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisieren könnte.



3.7.

Die Kommission schlägt fünf gemeinsame Projekte vor, um die europäischen Verteidigungsfähigkeiten in fünf vorrangigen Bereichen auszubauen: Drohnen, Seeverteidigung, Weltraum, Luft- und Raketenabwehr sowie Stärkung der Ostflanke der EU.



7.7.

Die Kommission legt einen EU-Aktionsplan zu fortschrittlichen KI-Modellen im Bereich der Cybersicherheit vor, um Risiken zu begegnen und die Chancen, die diese Modelle bieten, zu nutzen.



13.7.

In der zweiten Sitzung der Gebergruppe für Palästina verstärkt die EU ihre Unterstützung für die palästinensische Bevölkerung. Im Rahmen der Team-Gaza-Initiative werden 883,6 Mio. EUR mobilisiert, um Wiederaufbaumaßnahmen im Gazastreifen zu unterstützen.



13.7.

Präsidentin von der Leyen nimmt den Bericht der Ko-Vorsitzenden des Sonderpanels für die Online-Sicherheit von Kindern entgegen. Der Bericht beleuchtet die großen Herausforderungen, denen junge Menschen online begegnen, und enthält entsprechende Empfehlungen.



15.7.

Die EU bringt eine verteidigungsindustrielle Partnerschaft mit der Ukraine auf den Weg und finanziert Drohnen im Wert von 1 Mrd. EUR. Präsidentin von der Leyen wird vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kyjiw der Europa-Orden verliehen.



17.7.

Die Kommission legt einen Aktionsplan zur Elektrifizierung vor und kündigt eine Überarbeitung des Emissionshandelssystems an. Das Ziel lautet, Europa zum ersten elektrifizierten Kontinent zu machen und die EU-Industrie beim Übergang zu sauberer Energie und bei der Elektrifizierung zu unterstützen. Außerdem schlägt die Kommission Maßnahmen vor, die in der EU langfristig für bezahlbare Stromrechnungen sorgen sollen.



17.7.

Die Kommission nimmt den siebten Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit an, in dem der Stand der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten sowie in Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien bewertet wird.



17.7.

Die Kommission skizziert Maßnahmen zur Stärkung des EU-Bankensektors, die dazu beitragen sollen, die europäische Wirtschaft zu stärken und die Finanzstabilität zu wahren.



17.7.

Die Kommission bringt eine Drohnen-Allianz zwischen der EU und der Ukraine auf den Weg, um die Zusammenarbeit bei Drohnen- und Drohnenabwehrtechnologien zu verstärken.



22.7.

Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur europäischen Säule sozialer Rechte an, in der drei Prioritäten hervorgehoben werden: Erschwinglichkeit, Nutzung von KI und Abbau von Ungleichheiten.



22.7.

Präsidentin von der Leyen trifft mit dem Jugendbeirat der Präsidentin zusammen, um mit jungen Menschen aus der gesamten EU sowie Beobachterinnen und Beobachtern aus derzeitigen und potenziellen Bewerberländern die künftigen jugendpolitischen Prioritäten für die Zeit nach 2027 zu erörtern.



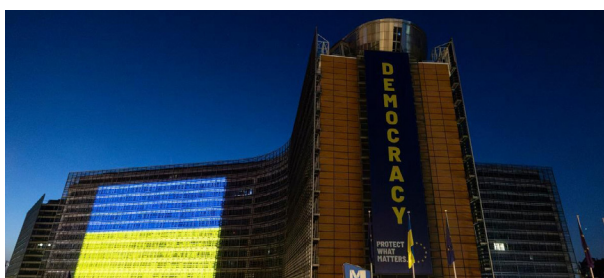
23.7.

Die Kommission verhängt eine Geldbuße in Höhe von 890 Mio. EUR gegen Google wegen Verstoßes gegen das Gesetz über digitale Märkte.



23.7.

Der Rat führt die Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation mit Geltung bis zum 3. April 2028 wieder ein, um die Aufdeckung von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet zu erleichtern.



23.7.

Die EU nimmt das 21. Sanktionspaket gegen Russland an, das sich auf die Bereiche Energie, Finanzwesen, Handel und den militärisch-industriellen Komplex konzentriert, und setzt die Anpassung der Ölpreisobergrenze bis Juli 2027 aus, damit Russland nicht von der Lage in der Straße von Hormus profitiert.



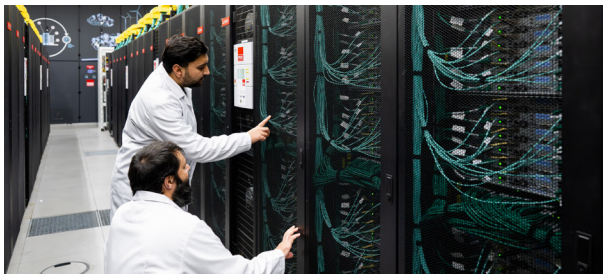
25.7.

Angesichts der schweren Waldbrände in Frankreich und Spanien reagiert Europa solidarisch. Feuerwehrtteams aus 17 europäischen Ländern unterstützen die beiden Mitgliedstaaten in den besonders stark betroffenen Gebieten. Zum ersten Mal leistet die Ukraine einem anderen europäischen Land im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens Hilfe.



30.7.

Japan tritt offiziell dem Programm „Horizont Europa“ bei.



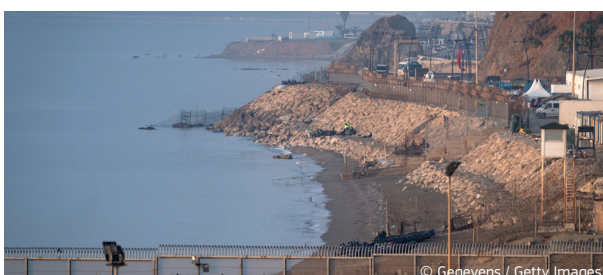
30.7.

Die EU veröffentlicht eine Ausschreibung für die Errichtung von bis zu sieben KI-Gigafabriken, um den Ausbau von Rechenkapazitäten zu fördern und Investitionen in Höhe von mehr als 30 Mrd. EUR zu mobilisieren.



30.7.

Die Kommission zahlt im Rahmen des für die Verteidigung vorgesehenen Teils des Unterstützungsdarlehens für die Ukraine 3,47 Mrd. EUR an die Ukraine aus. Diese Mittel werden der Ukraine helfen, ihren Bedarf an Drohnen, Flugkörpern, Luftabwehr und Kampfflugzeugen zu decken.



30.7.

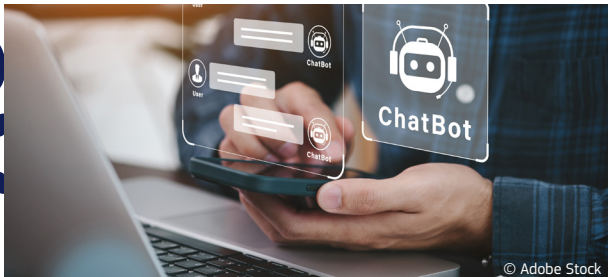
Als Tausende Menschen unerlaubt die Grenze nach Ceuta (Spanien) überqueren, bietet die Kommission Spanien sofort Unterstützung an.

AUGUST



2.8.

Ungarn wird offiziell teilnehmender Mitgliedstaat der Europäischen Staatsanwaltschaft – ein Schritt, der zu einem besseren Schutz von EU-Mitteln beiträgt.



2.8.

Das Kommissions-Büro für Künstliche Intelligenz beginnt mit der Durchsetzung der Verordnung über Künstliche Intelligenz in Bezug auf KI mit allgemeinem Verwendungszweck. Nach den neuen Vorschriften müssen Chatbots und andere KI-Systeme ihre Nutzerinnen und Nutzer darüber aufklären, dass sie es mit KI zu tun haben und nicht mit einem Menschen.



4.8.

Die Kommission schließt die letzten rechtlichen Schritte zur Einrichtung des Scaleup Europe Fund ab. Er wird mit einem Zielbetrag von 5 Mrd. EUR europäische Scale-ups dabei unterstützen, schneller zu wachsen und am globalen Wettbewerb teilzunehmen. Am Tag darauf erfolgt die erste Investition des Fonds.



7.8.

Die Kommission unterzeichnet eine Umsetzungsvereinbarung mit dem SpaceRISE-Konsortium, wonach die Einführung von IRIS² beschleunigt und das Netzwerk auf 348 Satelliten vergrößert werden soll. Ziel ist es, die sichere Konnektivität für europäische Regierungen, Verteidigung und Notdienste auszubauen.



12.8.

Nach dem verheerenden Erdbeben der Stärke 7,4 in Kolumbien mobilisiert die EU die Katastrophenhilfe und 2,1 Mio. EUR für humanitäre Soforthilfe.



24.8.

Am Unabhängigkeitstag der Ukraine genehmigt die Kommission Mittel in Höhe von 6,1 Mrd. EUR für die Beschaffung neuer Verteidigungsgüter durch die Ukraine, darunter Luft- und Raketenabwehrsysteme, Flugkörper, Munition und Radarsysteme.



© Französischer Katastrophenschutz



© Adobe Stock



26.8.

Europa zeigt volle Solidarität angesichts der anhaltenden Waldbrände in mehreren europäischen Ländern. Allein in diesem Sommer hat die Kommission bereits den grenzüberschreitenden Einsatz von mehr als 777 Feuerwehrleuten und 41 Flugzeugen koordiniert, um die Länder bei der Bekämpfung der Brände zu unterstützen.

31.8.

Die Frist für die endgültige Umsetzung der in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen der Mitgliedstaaten festgelegten Reformen und Investitionen läuft ab. Die Mitgliedstaaten können nun noch bis zum 30. September 2026 ihre abschließenden Zahlungsanträge im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität einreichen.

31.8.

Die Kommission benennt ChatGPT als sehr große Online-Suchmaschine und Reddit und Roblox als sehr große Online-Plattformen im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste, nachdem diese nach eigenen Angaben durchschnittlich mindestens rund 45 Millionen monatliche Nutzerinnen und Nutzer in der EU erreicht haben.

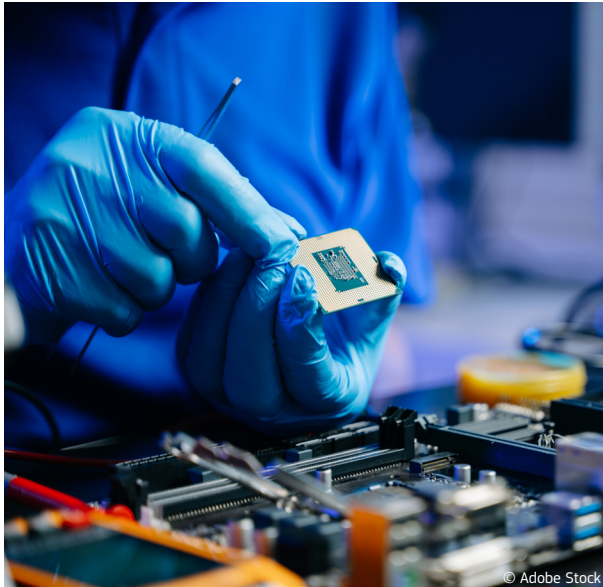
7.9

Präsidentin von der Leyen besucht Grönland und trifft dort mit dem grönländischen Premier Jens-Frederik Nielsen und der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen zusammen. Sie unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung über die Beziehungen zwischen der EU und Grönland, und die Präsidentin kündigt ein Partnerschaftspaket im Rahmen von Global Gateway in Höhe von 200 Mio. EUR für Investitionen in Grönland an.



8.9

Gemeinsam mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte begrüßt Präsidentin von der Leyen die Einigung der Mitgliedstaaten über die Ausnahmeregelung, die es der Ukraine erlaubt, einen Teil der Mittel aus dem Unterstützungsdarlehen für die Ukraine zur Beschaffung wichtiger Güter für Patriot-Luftabwehrsysteme zu verwenden.



9.9.

Die Kommission stellt den Rechtsakt über die Vergabe öffentlicher Aufträge und den Europäischen Rechtsakt zur Innovation vor. Er soll die öffentlichen Stellen in die Lage versetzen, europäische Innovationen und Anbieter in wichtigen Branchen zu unterstützen. Dazu sollen Beschaffung vereinfacht, Rechenschaftspflichten gestärkt und eine bessere Verwertung von Rechten des geistigen Eigentums ermöglicht werden.



9.9.

Mit dem Rechtsakt für erschwinglichen Wohnraum will die Kommission den Mitgliedstaaten und lokalen Behörden neue Werkzeuge an die Hand geben, um gegen die Wohnungsnot vorzugehen.



9.9.

Die Kommission beschließt, Spanien mit 114,7 Mio. EUR Soforthilfe bei der Bewältigung der Situation in Ceuta nach den massenhaften illegalen Grenzübertritten am 30. und 31. Juli zu unterstützen.



10.9.

Die Kommission legt eine neue strategische Vision für die EU-Gebiete in äußerster Randlage vor, denen durch mehr Unterstützung, Resilienz und Chancengleichheit für ihre Bevölkerung ermöglicht werden soll, ihr Potenzial voll auszuschöpfen.



10.9.

Präsidentin von der Leyen hält eine Rede auf dem Internationalen Weltraumgipfel in Paris. Darin wird die Rolle Europas im neuen Weltraumzeitalter dargelegt.

